

Marzahn- Hellersdorf

21. Jahrgang / August 2011

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Kristian Ronneburg vor, in Marzahn aufgewachsen, heute Student, politisch engagiert. Zivilgesellschaftliches Engagement ist ihm sehr wichtig. Er steht zur Wahl für die nächste BVV Seite 2

Spitzenkandidatin im Bezirk ist Bürgermeisterin Dagmar Pohle. Über einen Aspekt ihrer Arbeit schreibt sie hier Genaueres. Dr. Heinrich Niemann möchte seine langjährigen Erfahrungen gern ins Berliner Parlament einbringen Seite 5

Was viele interessieren dürfte: Kann man was tun, dass Marzahn-Hellersdorf ein eigenes Freibad bekommt? Versuchen kann man so einiges! / Die (1/2) Jugendseite - dieses Mal mit dem Thema: Den nächsten Castor stoppen! Seite 7

Wahl 2011: Achtung, die Jungen kommen!

Die Kandidatenliste der LINKEN für die neue Bezirksverordnetenversammlung stimmt optimistisch. Auf den ersten 30 Listenplätzen ist knapp jede/r Vierte unter 30, jede/r Dritte unter 35 Jahre alt. Fünf Kandidatinnen und Kandidaten studieren, Janine Behrens, 19 Jahre alt, ist noch Schülerin.

Damit kommt frischer Wind in die Politik. Sie alle sind nicht neu in der LINKEN, sondern haben meist schon über Jahre Erfahrungen in ihren Basisgruppen, in AG und IG und auch im Landesverband gesammelt. Nun wollen sie diese in der Kommunalpolitik einsetzen.

Die Zahlen sprechen für die Zuversicht und Hoffnung junger Menschen in linke Politik - in die Politik der LINKEN. Welch ein Glück für diese Partei!

Hassan Metwally, Historiker, ist einer dieser Jungen. Der jetzt 31-jährige war schon mit 16 Jahren in unserer Partei aktiv. Zur PDS gekommen ist er über eine Solidaritätsveranstaltung mit Kuba. Nach unserer Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 wollte er sich bewusst zu der Partei bekennen und wurde mit 22 Jahren Mitglied. Später dann gründete er an der Humboldt-Universität die Hochschulgruppe der LINKEN mit. Der Sprecher seiner Basisgruppe, Bodo Lützenberg, hält große Stücke auf seinen jungen Genossen. Im Bezirk gehört Hassan Metwally inzwischen zu den erfahrenen, aktiven

Jungen - als Bezirksverordneter, als Mitglied des Landesvorstandes und auf der Straße. Heute sagt er: Ich will mich dafür einsetzen,



Hassan Metwally und Björn Tielebein - beide in der LINKEN seit Jahren aktiv, sind sie auch Mitglieder der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf, und sie kandidieren erneut fürs bezirkliche „Parlament“.
Foto M. Volkert

dass möglichst viele junge Menschen am 18. September von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen und natürlich am besten DIE LINKE wählen.

Björn Tielebein, 27 Jahre alt, Student an der Alice-Salomon-Hochschule, ist seit seinem 16. Lebensjahr Mitglied der PDS und schon in zweiter Wahlperiode Bezirksverordneter für DIE LINKE. Als kinder-, jugend- und familienpolitischer Sprecher der Fraktion engagiert er sich vor allem dafür, die engen Spielräume zu nutzen, um Politik im Interesse der Menschen zu machen. Er hält dies besonders dort für dringend notwendig, wo Menschen in einer sozial schwierigen Situation von den Angeboten des Bezirks

abhängig sind: Hilfen zur Erziehung zum Beispiel, Familienberatungsstellen, Kultur- und Sportangebote, die Schuldnerberatung und vor allem ausreichend Kita-Plätze.

Bjoern wurde in den Bezirksvorstand der Partei gewählt. Als Stellvertreter des Vorsitzenden macht er dort eine hervorragende Arbeit. Mit siebenundzwanzig!

Hassan und Björn, das sind zwei von den Jungen, die bisher schon für DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf Kommunalpolitik machen. Abhängig vom Wahlergebnis, werden fünf oder sechs junge Frauen und Männer dazukommen. Der 86-jährige Horst Schubert, Alterspräsident der Bezirksverordnetenversammlung, und all die anderen erfahrenen Mitglieder unserer Fraktion freuen sich auf den frischen Wind und viele gute Ideen.

Wilfried Maier

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Kristian Ronneburg
- Petra Pau: Die Sonne ist eine Linke

Seite 3:

- Ein Wohlfühlort für Kinder
- Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“
- Standpunkt: Straßenausbaubeitragsgesetz

Seite 4:

- Nur richtig Rot wird Grün
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

- Dagmar Pohle: Interessante Einblicke
- Heinrich Niemann: Linke Kompetenz für die Siedlungsgebiete

Seite 6:

- Senator Harald Wolf zu Gast
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

DIE LINKE.

Zur Person: Kristian Ronneburg

Einer, der nicht viele Worte macht

Der 24-jährige Kristian Ronneburg stammt aus Magdeburg und kam als Kind nach Marzahn. Hier hat er Freunde gefunden, die Schule besucht und sein Abi gemacht. Seinen Zivildienst leistete er bei der Volkssolidarität Marzahn. Weitere praktische Erfahrungen hat Kristian bei der Lebenshilfe gGmbH in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung gesammelt. Nach einem Abstecher in seine Heimatstadt zum Studium der Sozialwissenschaften absolviert er den Master-Studiengang zurzeit an der Humboldt-Universität. Die Fachrichtung lässt sich gut mit Politik verbinden. Kristian kann sich gut vorstellen, einmal beruflich in die Politik zu gehen als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder Abgeordneter.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist ihm sehr wichtig. Politisiert wurde er im Alter von 15 Jahren, wie er selbst sagt. Der Afghanistankrieg hatte maßgeblich dazu beigetragen. In Marzahn-Hellersdorf engagiert sich Kristian bereits seit Jahren im außerparlamentarischen Bereich, besonders im Kampf gegen Rechts. 2006 gehörte er zu den Mitbegründern des Bündnisses „Kein Vergessen“.



Kristian Ronneburg Foto: privat

Ziel der Initiative war es, die Geschichte des Sinti-und-Roma-Zwangslagers Berlin-Marzahn vor dem Vergessen zu bewahren und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten. Kristian stand zu jeder Zeit in engen politischen Kontakt mit jungen Genossinnen und Genossen. Im Ergebnis eines längeren Prozesses trat der engagierte und politisch interessierte junge Mann vor zwei Jahren in DIE LINKE ein. Er wollte sich lokalpolitisch engagieren, vor Ort an Veränderungen mitwirken. Durch seine Kontakte hat Kristian erfahren, dass man in der Kommunalpolitik durchaus etwas erreichen kann und dass Politik trotz des Zeitaufwandes und der Arbeit auch Spaß macht. Daher hat er sich um ein Mandat in der BVV beworben. Dabei steht für ihn das aktive Eintreten für eine

Petra Pau (MdB)

Die Sonne ist eine Linke

Am 30. Juni hat der Deutsche Bundestag den Ausstieg aus der Atom-Energie bis 2022 beschlossen. Für DIE LINKE nicht schnell und nicht konsequent genug. Kompetente Umweltverbände halten eine Ausstiegsfrist bis 2014/15 durchaus für realistisch. Vorausgesetzt, der politische Wille dazu ist gegeben. Das war er offenbar nicht, jedenfalls nicht bei der Mehrheit von CSU bis zu den Grünen.

DIE LINKE wollte zudem, dass der Ausstieg „unumkehrbar“ wird. Ein entsprechender Passus im Grundgesetz könnte das bewirken. So, wie in Österreich, wo es in einem Gesetz von Verfassungsrang unter anderem heißt: „In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden.“ Und: „Anlagen, die dem Zweck der Energiegewinnung durch Kernspaltung dienen, dürfen in Österreich nicht errichtet (und) nicht in Betrieb genommen werden.“

Unsere Annahme ist: Eine solche oder ähnliche Formulierung im Grundgesetz würde das endgültige Aus für atomare Ambitionen

in Deutschland bedeuten. Aber auch hier dasselbe Abstimmungsergebnis. Keine andere Fraktion stimmte dem Antrag der LINKEN zu.

Gleichwohl ist der beschlossene Ausstieg – bei allen Unwägbarkeiten – eine historische Zäsur. Und längst ist der Kampf um die Nach-Atom-Ära entbrannt. Von riesigen Windanlagen in der Nordsee ist die Rede und von noch größeren Solaranlagen im Norden Afrikas. Vattenfall, RWE, E.ON und EnBW malen eine sonnige Zukunft an den Himmel, und die Bundesregierung hält ihnen dabei die Leiter. Wenn schon die Extra-Gewinne aus der Atom-Energie nicht mehr haltbar sind, so soll doch wenigstens die profitable Monopolstellung der vier Großen festigt werden.

Auch das ist wider Mensch und Natur. Solare Energien ermöglichen vielfältige Versorgungsmodelle: private, genossenschaftliche, kommunale, regionale. Im Idealfall ist der Energie-Konsument sein eigener Produzent, ohne Profitzwang und mit viel Mitbestimmung. Ökologisch, sozial und demokratisch. Eine antikapitalistische Perspektive! Die Sonne scheint für alle. Sie ist eine Linke.

solidarische, von Toleranz und gegenseitiger Achtung geprägte Gesellschaft obenan. In der BVV würde er sich gern in den Bereichen Bildung, Kultur, Integration oder im Jugendhilfeausschuss engagieren. Ebenso will sich Kristian starkmachen für eine Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und den Abbau bürokratischer Hürden für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Planungsvorhaben im Bezirk.

Zurzeit nutzt er die Semesterferien zur Unterstützung von Manuela Schmidt in deren Wahlkampfteam. Im August wird Kristian ein Praktikum bei Petra Pau im Bundestag absolvieren. Ob da neben der Politik und der Diskussion gesellschaftspolitischer Themen noch Platz für ein anderes Hobby ist? „Wenig“, antwortet mein Gesprächspartner. Wichtig sind vor allem der Kontakt zu Freunden und gemeinsame Unternehmungen.

Sabine Behrens

Mein Standpunkt:

Straßenausbaubeitragsgesetz

Ich finde es bezeichnend und entlarvend, bestärkt nach den ersten Gesprächen an unseren Wahlkampfständen, dass einige CDU-Vertreter, sekundiert vom VdGN (der doch wohl einem Neutralitätsgebot verpflichtet ist) mehr oder weniger ein einziges Thema strapazieren: das in der Tat so nicht akzeptable Straßenausbaubeitragsgesetz, aber deswegen jedoch nur gegen DIE LINKE zu Felde ziehen.

Mit verwaschenen Argumenten, Verunsicherung und Angstmache, ohne politischen und auch sachlichen Realitäts-sinn, was die Umsetzbarkeit ihrer populistischen Forderungen betrifft. Und das in einem Bezirk, in dem – stets getragen von der PDS/der LINKEN im Bezirksamt und der BVV –, gemeinsam mit Stadträten der SPD und der CDU systematisch fast 90 Prozent der 1990 unbefestigten Straßen in einen akzeptablen Zustand gebracht worden sind, ohne die Anlieger zu belasten. Hier wurde mit Blick auf die gesetzlichen Mitwirkungsregeln und einen BVV-Beschluss dieses Gesetz bisher nicht angewendet.

Das ganze Gegenteil in einigen anderen Bezirken, wo die zuständigen CDU-Stadträte ohne auch nur einen Anschein von Widerstand Ausbaumaßnahmen durchsetzten.

Dr. Heinrich Niemann

Bezirksstadtrat a.D.

Kandidat der LINKEN fürs Berliner Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 5

Ein Wohlfühlort für Kinder

Wie hingewürfelt wirkt das in den letzten Jahren entstandene Wohngebiet am Grabensprung unweit vom Bag-gersee in Biesdorf. Dort lässt es sich leben. Hineingestreut in Ocker auch ein Haus für die Jüngsten, von denen es hier viele gibt: der Kindergarten noch ohne Namen. Brauchte es den überhaupt? Treffend und ebenfalls klangvoll genug bezeichnet als eben den „Am Grabensprung“.

100 Mädchen und Jungen, von ganz lütt bis zu sechs Jahren, steht die kommunal getragene, vor genau einem Jahr eröffnete Einrichtung zur Verfügung. Der Bedarf ist damit nicht gedeckt, es gibt noch viele Anträge, berichtet Susanne Koste, die Frau, die hier das Sagen hat. Jedoch die kleinen Geister, die hier von 16 vorzüglich qualifizierten Kräften versorgt werden, haben es bestens.

Gesunde Kost kommt aus eigener Küche. Es gibt es reichlich Platz zu ungezwungener Bewegung. Bei dem schönen Wetter, das an diesem Nach-

mittag genossen werden kann, sind Klettergerüst, Rutsche und Schaukel voll besetzt. Ein junger Mann, zurzeit hier Praktikant, hat

Bälle abzuwehren. Eine Zweijährige mit Sonnenhütchen blinzelt, auf einer Decke sitzend, zufrieden vor sich hin.



Bei der Mittagsruhe gesammelte Energie wieder voll entfaltet.

Für eine solche Ansammlung von Kindern geht es hier erstaunlich ruhig zu. Kein Wunder, schlussfolgere ich eingedenk eines zuvor erhaltenen Hinweises: In diesem Kindergarten gelten aus der Maria-Montessori-Reformpädagogik geschöpfte Regeln. Sie sind den Kindern, im Miteinander aufgenommen, geläufig. Gewährte Freiräume prägen das Verhalten. Die Integration behinderter Kinder wird von Fachzeherinnen begleitet.

Gerade kommen zwei Mütter herein. Die eine arbeitet im Handel, die andere bei einer Behörde. „Unsere Kinder fühlen sich hier wohl“, bestätigen sie. Sie wirken auch nach der Arbeit in diesem Augenblick entspannt. Frau Koste, von der wir hörten, sie sei glücklich, wenn auch andere dies so empfinden, vernimmt es mit Freude.

Text und Foto:

Gert Schlue

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV:

Umgang mit den „Kunden“ der Jobcenter – Sprache ist verräterisch

Seit der Einführung von „Hartz IV“ (SGB II) 2005 werden die Erwerbslosen offiziell als „Kunden“ der Jobcenter bezeichnet, um ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter und den Erwerbslosen zu suggerieren. Im SGB II sind jedoch die meisten Förderungen Kann-Bestimmungen, die Forderungen jedoch sanktionsbewehrte Pflichten. Der schriftliche Umgang der Behörde mit den „Kunden“ zeugt ebenfalls deutlich von der Haltung der Gesetzgeber gegenüber den erwerbslosen Menschen. Das zeigt sich u.a. in der Sprache. Sie diffamiert die Betroffenen und unterstellt Schuld, wo es keine Einflussmöglichkeit gibt.

Zum Beispiel bei Änderungen der persönlichen Verhältnisse: Die Informationen über die zustehenden Zahlungen (Leistungs-Bescheide) gelten in der Regel für ein halbes Jahr. Wenn sich während dieses Bewilligungs-Zeitraums etwas ändert und der Betreffende dies mitteilt, erfolgt die Berücksichtigung per Änderungs-Bescheid in der Regel erst nach der nächsten fälligen Zahlung oder auch nach mehreren Monats-Zahlungen. Das heißt, dass es zeitweise zu Überzahlungen kommt, auf die der Erwerbslose keinen Einfluss hat. Mitgeteilt wird das den Betroffenen so: „Sie haben Leistungen ... zu Unrecht bezogen,“ Damit wird dem Erwerbslosen fälschlich eine aktive Rolle beim Überzahlungs-Vorgang unterstellt. Weiter heißt es: „Sie wussten oder hätten wissen müssen ... § 48 SGB X ...“ Das

unterstellt die Verletzung der Mitwirkungspflicht und schüchtert ein – natürlich weiß der Betreffende, dass sich etwas geändert hat, schließlich hat er das Jobcenter ja darüber informiert! Und er hat keine Möglichkeit, einen solchen Umgang mit seiner Person zu vermeiden.

Die Kritik daran und die Hinweise unseres Fraktionsvorsitzenden Klaus-Jürgen Dahler beim Geschäftsführer des Jobcenters blieben ohne Erfolg. Die Text-Bausteine werden in Nürnberg festgelegt. Und es gibt keine Ausnahmen:

Vor zwei Jahren kam ein Vater zweier Kinder in die Alg-II-Sprechstunde im Linken Treff. Er hatte seine krebserkrankte Frau zwei Jahre lang gepflegt, jetzt war sie verstorben. Trotz immenser psychischer und körperlicher Belastung schaffte er es, die Sterbe-Urkunde gleich nach Erhalt persönlich im Jobcenter abzugeben. Und zwischen eigenem Schmerz, Auffangen der Kinder, den notwendigen Wegen zur Bestattung usw. bekam er Post vom Jobcenter: „Sie haben Leistungen zu Unrecht bezogen ... Ihre Frau ist verstorben. Sie hätten wissen müssen ... § 48 ...“

Ich hatte diesen Fall zum Anlass genommen um im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Jobcenter und Beschäftigungsförderung den Geschäftsführer mit den Folgen dieser Verfahrensweise zu konfrontieren und zur Abhilfe aufzufordern. Herr Müller sah sich dazu außerstande. Zu Beginn von Hartz IV hatte er sich bereits bei seinen Vorgesetzten für

eine Änderung der Text-Bausteine eingesetzt, ohne Erfolg. Und für individuelle Briefe bliebe bei der Arbeitsbelastung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Zeit.

Und so blieb es dabei. Kürzlich kam Frau Krause (Name geändert) in die Alg-II-Sprechstunde. Ihr Mann war verstorben. Und der Schriftverkehr erfolgte wieder wie in Nürnberg festgelegt: „Sie haben Leistungen zu Unrecht bezogen ... Herr ... Krause ist verstorben. Sie wussten oder hätten wissen müssen ... § 48 ...“ In ihrem Fall kam u.a. hinzu, dass ihre nun zustehende Witwenrente im ersten Bezugsmonat als Einkommen angerechnet wurde, obwohl sie grundsätzlich erst am Monatsende ausgezahlt wird. Das Arbeitslosengeld II kommt aber am Monatsanfang. Ihr wurde also Anfang des Monats Einkommen angerechnet, das sie erst Ende des Monats bekommen konnte. In den 30 Tagen dazwischen blieb die Zahlung damit weit unter dem Existenzminimum. In ihrer Not wurde sie zunächst wegen Unsicherheiten in der Zuständigkeit zwischen Sozialamt und Jobcenter hin und her geschickt. Schließlich erfuhr sie, dass ein solches Überbrückungsgeld zum Überleben nur als Darlehen gezahlt werden kann. Als „Hartz-IV'er“ steht man immer mit einem Bein in der Schuldenfalle. Das Gesetz ist so „gestrickt“, dass Schulden und Diffamierungen in vielen Standard-Situationen unvermeidlich sind.

Hartz IV muss weg!

Sonja Hildebrandt

Nur richtig Rot wird Grün

Auf dem Podium Platz genommen hatten an diesem 30. Juni abends im „Baukasten“ in der Riesaer Straße Kathrin Lompscher, Senatorin für Umwelt Gesundheit und Verbraucherschutz im Berliner Senat, und Dr. Hans Thie aus der Bundestagsfraktion der LINKEN. Die Überzeugung, dass wirkliche ökologische Politik nur mit der LINKEN möglich sei, brachten die beiden vehement zum Ausdruck, als sie von Bärbel Holzheuer-Rothesteiner, Abgeordnete der LINKEN im Berliner Parlament zur Nachhaltigkeitspolitik der LINKEN in Theorie und Praxis befragt wurden. Bevor es optimistisch und wahrhaft kämpferisch wurde, malte Dr. Thie ein ziemlich düsteres Bild von der Gegenwart und der daraus folgenden Zukunft. Wir befänden uns zuzusagen schon auf der „Titanic“ mit dem viel zu hohen Niveau des Ressourcenverbrauchs - kurz vor der Kollision mit dem Unheil bringenden Eisberg. Es ginge nicht um einzelne Modellprojekte, sondern um eine generelle Trendwende, um die Lenkung volkswirtschaftlicher Strukturen, alles andere sei nutzlos. Die Herausforderung bestehe in der Erreichung von mehr Egalität von Verteilung und Gerechtigkeit. Somit ist der längst fällige sozio-ökologische Umbau nur im roten Kleid wirklich nachhaltig, wie er so schön bildhaft beschrieb. Dabei darf DIE LINKE nicht bei der Formulierung eines alternativen Energiegesetzes stehen bleiben, sondern ist aufgefordert, sektorale Aufgabenstellungen für die praktische Herangehensweise vorzustellen.

Die Senatorin setzte praktischerweise auf die Strategie von „Learning bei doing“, wie es seit 2008 in einem Modellvorhaben für Umweltgerechtigkeit in Berlin verfolgt wird. Die um-

weltspezifischen und die sozialen Entwicklungsziele, also originäre Gegensätze wie Ökologie und Wirtschaft in Einklang zu bringen und nicht getrennt voneinander zu betrachten, ist Zielstellung des Berliner Senats. Die Senatorin verwies auf zunehmend schwierige soziale Verhältnisse, die beispielsweise zu Energieabschaltungen in Wohnungen führen- es gibt das Phänomen der Energiearmut. Daher ist die Forderung der LINKEN, den Umbau sozial gerecht zu gestalten, die Lasten sozial gerecht zu verteilen, aktueller denn je. So wurden als erste Schritte in Berlin eine Energiesparberatung für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherschutz vor Ort installiert.

Aber es muss mehr passieren. Der Vorschlag für Energieverbrauch ist, einen Basisverbrauch als Sockelbetrag günstig anzubieten, hoher Verbrauch würde teurer. Das geht allerdings nur mit kommunalem Eigentum an Energieträgern, denn gegenwärtig ist es genau umgekehrt- für Masse gibt's Rabatte.

Wichtig ist es, kreativ und innovativ zu bleiben, sich von erfolgreichen Projekten inspirieren zu lassen. Dabei geht es immer um kleinteilige Strukturen, die ihre eigene Bilanz erstellen müssen, nur so ist Energieverbrauch lenkbar. Dann wird es ganz irdisch und die Fragen sind in den Bezirken, in den Stadtteilen zu stellen - ist der Stadtteil klimagerecht? Wie sieht die Wasser- und Abwasserbilanz aus? Wie ist die Grünbilanz - sind die Pflanzen ausreichend stark, um heiße Sommer zu überstehen oder kalten Wintern zu trotzen? Die Aussichten sind also nicht rosig, aber sie wecken Neugierde und machen Mut für eine sozio-ökologische Zukunft mit der LINKEN!

Sabine Schwarz

Wahlkampfimpressionen

An der Klausdorfer Straße stehen die Mitglieder der BO 88 wöchentlich am Infostand. Hier treffen sie Menschen aus dem Wohngebiet. Hier in Hellersdorf-Nord leben viele Menschen in einer sozial schwierigen Situation. Dies wird oft auch in Gesprächen am Infostand deutlich. Oft wird nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gefragt und nach Hilfe bei der Antragstellung von Wohngeld und „Hartz IV“. Viele machen deutlich, dass sie DIE LINKE als soziale Kraft

im Bezirk unterstützen, weil sich sonst keine andere Partei ernsthaft um die Bedürfnisse der Menschen hier kümmere.

Auch in anderen Kiezen im Bezirk finden Infostände statt. Nicht nur, weil Wahlkampf ist. In der Marzahner Promenade zum Beispiel sind der Sprecher der dort beheimateten Basisgruppe, Bodo Lützenberg, und seine Mistreiter längst keine Unbekannten. Oder aber bei

Festen im Bezirk, überall dort, wo man mit den Menschen ins Gespräch kommen kann. Beim Stand in der Hellersdorfer Straße vor der Apo-



Mitglieder der Basisgruppe 88 im Gespräch mit Passantinnen
Foto: M. Volkert

theke im Wahlkreis der Abgeordneten Dr. Gabriele Hiller waren die Materialien für die Vorbeikommenden sehr interessant. „Ja, natürlich, von Euch nehme ich das gern, denn ich habe immer links gewählt“ oder „... man muss doch was gegen die soziale Kälte und Rentenungerechtigkeit tun“, waren die Bemerkungen. Das

ermutigt die WahlkämpferInnen und lässt auch dann keinen Unmut aufkommen, wenn manche Leute nicht angesprochen werden wollen - ja, zugegeben, die gibt's auch. Nun, das Wetter war auch eher launisch und konnte ebenso wenig die WahlkämpferInnen vertreiben. Weitere Impressionen finden Sie auf unserer Website: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/wahlen/tagebuch/.

MHI

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

Stände, Plakate, Flyer, Gespräche mit Kandidaten, Foren - der Wahlkampf bestimmt wesentlich die Arbeit in unserem Bezirksverband. Aber auch für die Berliner LINKE sind natürlich jene Probleme bedeutsam, die die gesamte Partei bewegen: Für den 21. bis 23. Oktober ist die 2. Tagung des 2. Parteitages nach Erfurt einberufen, mit sehr gewichtigen Entscheidungen. Auf der Tagesordnung stehen die Beschlussfassungen über das Parteiprogramm, die Bundessatzung, die Wahlordnung, die Schiedsordnung und die Ordnung über Mitgliederentscheide. Und so hat - neben dem Wahlkampf - auch die Vorbereitung dieses Parteitages eine wichtige Rolle in den Beratungen des Bezirksvorstandes gespielt. An der Diskussion des Programmentwurfs haben sich viele Genossinnen und Genossen und Basisorganisationen unseres Bezirkes beteiligt. Neben Zustimmung gab es auch Kritik und Änderungsvorschläge. Der Parteivorstand hat nun die überarbeitete Fassung des Programms (wie auch den Wortlaut der anderen Dokumente) als Leitantrag an den Parteitag veröffentlicht. Die Texte sind im Internet zugänglich unter der Adresse www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/2parteitag2tagung/leitantraege/ Sie sind auch als Broschüre in der Geschäftsstelle erhältlich.

Leitantrag an den Parteitag, das bedeutet eine andere Form der Diskussion und Stellungnahme. Natürlich kann und soll sich jedes Mitglied und jede Basisorganisation mit dem Inhalt beschäftigen und darüber diskutieren. Änderungen zum vorgelegten Text müssen aber jetzt als offizielle Änderungsanträge an den Parteitag formuliert werden. Solche Änderungsanträge kann jedes Parteimitglied und jede Basisgruppe stellen. Ohne dieses Recht einzuschränken, möchten wir aber die Möglichkeit geben, solche Änderungsanträge gegebenenfalls als Antrag des Bezirksverbandes oder als Anträge der Parteitagsdelegierten einzubringen, damit sie dann auf dem Parteitag mit entsprechendem Gewicht vertreten werden können. Deshalb bitten wir alle Basisorganisationen um Meinungsäußerungen zum Leitantrag, bei Notwendigkeit um Änderungswünsche, und es würde unsere Arbeit erleichtern, wenn bei an den Parteitag gerichteten Änderungsanträgen eine Kopie an den Bezirksvorstand übergeben würde. Auf der Grundlage dieser Meinungsbildung wollen wir in einer Basiskonferenz am 20. September mit unseren Parteitagsdelegierten diskutieren und gegebenenfalls entsprechende Änderungsanträge formulieren.

Der Beschluss des Parteitages über das Parteiprogramm ist dann aber noch nicht der Abschluss dieses langen Prozesses. Wir hatten ja beim Mitgliederentscheid im März/April 2010 auch darüber abgestimmt, dass über das Parteiprogramm endgültig durch einen Mitgliederentscheid Ende 2011 entschieden wird. Da ist dann auf jeden Fall die Meinung jeder Genossin und jedes Genossen noch einmal gefragt.

Bernd Preußner

Dagmar Pohle:

Ein Besuch mit interessanten Einblicken

Monatlich kommt über Mail ein Newsletter des Projektes „Arbeit und Integration für russischsprachige Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund“ in mein Büro. Er berichtet aktuell über Ergebnisse, den Projektverlauf und die anstehenden Herausforderungen im Projekt. Träger des Projektes, das mit Mitteln der Europäischen Union und des Jobcenters finanziert wird, die bbw Akademie für Betriebswirtschaftliche Weiterbildung GmbH. Und es sind viele Netzwerkpartner an ihrer Seite.

Entstanden ist die Projektidee aus ganz praktischen Erfahrungen russlanddeutscher MitbürgerInnen, die z. T. schon sehr lange in Deutschland sind und in Marzahn-Hellersdorf leben und trotz qualifizierter Berufsabschlüsse keinen dauerhaften Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden haben.

Prof. Erika Maier, langjährige Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der BVV mit dem Mandat der PDS bzw. der LINKEN, ließ das keine Ruhe. Sie suchte sich PartnerInnen, mit denen sie gemeinsam diese Projektidee entwickelte, nämlich berufliche Perspektiven für diese Menschen zu entwickeln, die auf in ihren Herkunftsländern erworbenen Qualifikationen beruhen. Vor zweieinhalb Jahren

konnte auf der Grundlage eines Programms, das in der „linken“ Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales aufgelegt wurde, das Projekt starten. Zielstellung ist es, über

bedeutender sind als die formale Anerkennung. Im medizinischen Bereich stehen aktuell Gesetzesänderungen an, die hoffentlich den ungehinderten Zugang zum 1. Arbeitsmarkt erleichtern. Bei meinem jüngsten Besuch im Projekt im Juni traf ich auf eine hochengagierte Ärztin, die im Praktikum in einer niedergelassenen Praxis arbeitet, aber wegen ihres unklaren Aufenthaltsstatus keine richtige Arbeitserlaubnis erhält, obwohl ihre Arbeitgeberin sie sofort fest einstellen würde. Hier bemühe ich mich auch persönlich um eine individuelle Lösung.



Dagmar Pohle (links im Bild) im Gespräch mit russischsprachigen Akademikerinnen.

Foto: M. Volkert

gezielte und fachlich orientierte Sprachausbildung, verknüpft mit fachlichen Qualifikationen über Praktika in Unternehmen, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Unterstützung bei den Erstkontakten zu potentiellen Arbeitgebern, gezielte Vorbereitung für Vorstellungsgespräche und vieles mehr gehören zum Projektalltag. Bisher wurden 58 TeilnehmerInnen in dem Projekt begleitet und betreut. Ein Großteil von ihnen, die wegen Langzeitarbeitslosigkeit alle im Hartz-IV-Bezug waren, hatte der Großteil einen pädagogischen Abschluss, dessen Anerkennung in den meisten Fällen sehr kompliziert ist. Bei den technischen Abschlüssen zeigt sich immer wieder, dass die fachlichen Kompetenzen

Bisher konnten 28 TeilnehmerInnen in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, in wirtschaftliche Selbständigkeit bzw. in eine qualifizierte Umschulung oder weiterführende Qualifizierung vermittelt werden. Alle TeilnehmerInnen, die es wünschen, werden durch die Projektleitung auch nach ihrem Ausstieg aus dem Projekt weiter begleitet, so dass der Weg der Etablierung auf dem Arbeitsmarkt weiter verfolgt und, wenn nötig, unterstützt werden kann.

Um auf meinen jüngsten Besuch zurückzukommen: Eine junge Frau, die ich beim Start des Projektes kennen gelernt hatte, kam mit ihren Töchtern zu Besuch und berichtete über ihre Arbeit als Erzieherin in einer Kita, in der sie seit einigen Wochen arbeitet.

Dr. Heinrich Niemann:

Linke Kompetenz für Mahlsdorf, Kaulsdorf und Biesdorf

Für ein Soziales Berlin zu streiten, gilt auch für die durch den enormen Zuwachs an Ein- und Zweifamilienhäusern geprägten Siedlungen in meinem Wahlkreis Mahlsdorf und Kaulsdorf-Süd. Die vergleichsweise guten Sozialdaten dürfen nicht über die Sorgen und die tatsächliche Lage vieler Bewohner, insbesondere der kleinen Grundstückseigentümer und -nutzer, hinwegtäuschen. Das beginnt mit dem Arbeitsplatz, der allzu oft nur durch sehr weite Wege zu halten ist, und endet bei den Renten. Beides sind entscheidende Voraussetzungen, um die Lasten, vielfach auch noch die Bankkredite für das Eigenheim zu schultern. Die Qualität des Schulunterrichts und akzeptable Schulwege, fehlende Kitaplätze, ausreichende Angebote für Soziales, Kultur und Freizeit für alle Generationen bis hin zum ÖPNV oder der ärztlichen Versorgung sind weitere Themen. Sie

betreffen im Grundsatz ganz Berlin. Oft aber haben sie andere Auswirkungen als in innerstädtischen Lagen. Manche stadtpolitischen Probleme und Folgen politischer Entscheidungen treten nicht selten wie durch einen Lackmустest hier zuerst oder besonders drastisch zu Tage.

Deshalb muss DIE LINKE auch dafür kompetent im Abgeordnetenhaus vertreten sein.

Ich möchte meine Erfahrungen aus der 14-jährigen Tätigkeit als Stadtrat einbringen. Die Entwicklung in den Siedlungen hat mich stets intensiv beschäftigt. Mancher wird sich an die von mir geleitete AG Keller- und Schichtenwasser, unseren erfolgreichen Streit für die Pumpanlage am Habermannsee, an den Kampf um das Krankenhaus Kaulsdorf erinnern. Jede neue öffentliche Einrichtung im Siedlungsgebiet, jede neu gestaltete Grünfläche war ein Erfolg. Förderprogramme wurden

erschlossen, um den „Berliner Balkon“ oder den Wuhletalwanderweg zu gestalten.

Sacharbeit unter Einbeziehung aller, die dazu etwas beizusteuern haben, war und ist mein Konzept; ohne all zuviel Polemik, Angstmache und „schnelle“ Lösungen für die Medien. Denn eigentlich weiß doch jeder, dass die Dinge auch im Siedlungsgebiet vielschichtig sind.

Wichtige Themen sind jetzt für mich:

- für das abzuschaffenden Straßenausbaubeitragsgesetz bessere Alternativen zu finden: sozial verträglich und mitbestimmungspflichtig für die Anwohner,
- der Idee eines Bürgerhauses in Mahlsdorf-Süd praktikable Wege zu vermitteln,
- baldige planerische Sicherheit für künftige Verkehrslösungen am Bahnhof Mahlsdorf zu erreichen und die Arbeit der Akteursrunde für das Mahlsdorfer Zentrum zu unterstützen.

Gegenwart und Zukunft für linke Wirtschaftspolitik

Senator unterwegs mit Wasserstoffauto

Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, war zum wiederholten Male nach Marzahn-Hellersdorf gekommen, um über linke Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Der Spitzenkandidat der LINKEN in Berlin machte vor vielen aufmerksamen Zuhörern deutlich, dass die Regierungstätigkeit von Rot-Rot abrechenbare Erfolge aufzuweisen hat. Mit Fakten beschrieb er die Trendwende seit 2005, die dem dramatischen Rückgang des Wirtschaftswachstums und Arbeitsplatzabbaus seit 1989 folgte. Erstmals könne Berlin eine positive Wachstumsrate aufweisen. Für die Menschen direkt spürbar sei die Schaffung von mehr als 120000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in den Jahren von 2005 bis 2009. In dem Zusammenhang ließ er aber auch keinen Zweifel daran, dass dieser Fakt allein noch nicht zufriedenstellen könne, denn viele Arbeitsplätze sind nicht die dauerhaften fair entlohnten, sondern es sei sehr oft Leiarbeit oder für Niedriglöhne. Dies seien Auswirkungen der Agenda 2010 mit den Hartz-IV-Gesetzen, die von der SPD-Grünen-Koalition im Bund durchgesetzt wurden und zu einer Vielzahl prekärer Beschäftigungsverhältnissen geführt haben.

Als Senatsvorlage hat die Senatsverwaltung des roten Wirtschaftssenators Harald Wolf jetzt neue Mindestkriterien für Wirtschaftsförderung an Unternehmen erarbeitet, so sollten diese einen Mindestlohn von durchschnittlich 9,50 Euro garantieren, und Leihar-

beiter dürften nur in Ausnahmefällen, z.B. bei Auftragsspitzen eingestellt werden.

Bei der Frage zum ökologischen Umbau sieht Wirtschaftssenator zurzeit an erster Stelle die

Energieeinsparpotentiale, sei es die energetische Sanierung im Wohnen, Handel oder im Dienstleistungsbereich. Eine grundsätzliche Forderung der LINKEN sei allerdings, dass Ökologie nur mit sozialem Aspekt wirklich nachhaltig möglich sei. Gerade im Wohnbereich muss es ein Mitbestimmungsrecht der Mieter über die Kosten und die Auswahl möglicher Anbieter geben.

Die grundsätzliche Trendwende zu 100 % Energie aus erneuerbaren Rohstoffen bedeutet allerdings eine komplette Veränderung der entsprechenden Infrastruktur, weg von den zentralen riesigen Unternehmen hin zu dezentralen regionalen Energieerzeugern. Der Aufbau sogenannter intelligenter Netze eröffnet die Möglichkeit ganz anderer Steuerbarkeit, ganz an-

der Flexibilität in Abhängigkeit von Bedarf und Produktion. Ernsthaft durchsetzbar sei dieses Ziel aber nur mit öffentlichem Eigentum an den Stromnetzen. Als ein Schritt in diese Richtung schlägt DIE LINKE in Berlin im Gegensatz zu den Grünen vor, alle Konzessionsverträge mit Energieträgern, die 2012/13 auslaufen, nicht zu erneuern, um damit die Chance für den Umbau zu eröffnen. Ein wei-

terer Schritt dahin wäre die Bildung eines eigenen Berliner Stadtwerkes, wie es DIE LINKE vorschlägt. Dazu ist man mit den kommunalen Betrieben im Gespräch.

Die Worte von Harald Wolf, in der ihm eigenen Sachlichkeit vorgetragen, machen Mut und stimmen optimistisch im Hinblick auf Veränderung.

Es scheint für Berlin beides möglich - weltoffen, modern und anziehend für die Welt und nachhaltig alternativ und naturnah im Verbund mit Brandenburg.

Sabine Schwarz



Senator Harald Wolf zu Gast in Marzahn-Hellersdorf
Foto: M. Volkert

Aus den Siedlungsgebieten

Die Mahlsdorfer Bürgerhausidee braucht Netzwerk!

Im Rahmen der Aufstellung des bezirklichen Bürgerhaushalts für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 wurde von einer Bürgerinitiative in Mahlsdorf-Süd der Vorschlag unterbreitet, eine neue sozio-kulturelle Begegnungsstätte für Anwohnerinnen und Anwohner zu schaffen. Bisher gibt es in Mahlsdorf mit dem Pestalozzitreff und der Begegnungsstätte der Arbeiterwohlfahrt bereits zwei Stadtteilzentren. Die Bürgerinitiative begründet ihren Vorschlag damit, dass auf Grund des raschen Anstiegs der Einwohnerzahlen und der älter werdenden Bevölkerung auch in Mahlsdorf-Süd ein Ort geschaffen werden soll, der vor allem als kulturelles Zentrum genutzt werden kann. Der Vorschlag wurde von 72 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt und wurde mit dem ersten Rang im Bürgerhaushalt votiert. Die Fachausschüsse und der Hauptausschuss nahmen zur Kenntnis, dass der Bezirk im Bereich des Hultschiner Damms kein Grundstück für ein Bürgerhaus zur Verfügung hat. Ebenso gibt es kein Bestandsobjekt, das für die Zwecke eines Bürgerhauses umgebaut werden könnte. Die Kosten für einen Neubau wurden mit 3,5

Millionen Euro kalkuliert. Der Neubau eines Bürgerhauses wurde bereits in der Investitionsplanung des Bezirkes angemeldet, konnte aber bisher auf Grund anderer Maßnahmen nicht aufgenommen werden. In der Diskussion zum Bürgerhaushalt unterstützte die sozialpolitische Sprecherin der LINKEN, Zoe Dahler, trotz der realen Situation die Bürger-idee. „Wenn es durch den Bezirk nicht realisiert werden kann, so müssen wir andere Wege zur Umsetzung suchen“. Der Bezirksverordnete und Direktkandidat der LINKEN für das Berliner Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 5 (Mahlsdorf/Kaulsdorf-Süd), Dr. Heinrich Niemann, begibt sich jetzt auf Lösungssuche. Er moderiert den Prozess und sucht Mitstreiter, die eine Netzwerkidée unterstützen. Bisher konnte er bereits den Träger pad e.V. dafür gewinnen. Aus seiner Sicht könnten z.B. schon bestehende Einrichtungen Veranstaltungen der Bürgerinitiative durchführen und so gemeinsam dem Anliegen Rechnung tragen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der BVV

Wer kann helfen?

Genosse, 39, sucht Zimmer zur Untermiete oder in WG in oder nahe Marzahn-Hellersdorf.

**E-Mail an
brigitte.schilling@die-linkespendau.de**

**oder telefonisch
030 3677552**

Marzahn-Hellersdorf braucht ein Freibad – jetzt!



Freibad is 'schöner!

Damit auch Marzahn-Hellersdorf im Sommer einen Ort zum Baden hat.

DIE LINKE.

www.freibad-jetzt.de

www.facebook.com/Freibad.jetzt

Diesem Ziel würden wahrscheinlich alle Parteien im Bezirk zustimmen. Doch wenn es konkret wird, ist DIE LINKE die einzige Kraft, die dies auch umsetzen will.

Seit fast zehn Jahren kämpfen wir für ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf, denn es ist der einzige Bezirk ohne. Ein Bezirk mit knapp 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern braucht ein solches – nicht irgendwann in unbestimmter Zukunft, sondern sofort!

Die Kaulsdorfer Seen sowie der Biesdorfer Baggersee sind in jedem Sommer Anlaufpunkt für Kinder, Jugendliche und Familien. Bei Temperaturen über 25 Grad Celcius will kaum einer auf das Baden im Freien verzichten. Viele Menschen in unserem Bezirk können sich keine weiten Ausflüge in andere Teile der Stadt leisten, um Sonne und Wasser zu genießen.

Nur wenige wissen, dass das Baden an keinem der benannten Seen erlaubt ist. Die Kaulsdorfer Seen sind Trinkwasserschutzgebiet und der Biesdorfer Baggersee ist offiziell ein Regenrückhaltebecken, um den Grundwasserspiegel bei starkem Regen natürlich zu regulieren.

Bereits 1986 wollte der Berliner Magistrat, dass der Elsensee in Kaulsdorf zum Freibad ausgebaut wird, damit die anderen Seen geschützt werden. Bis heute ist dieser Plan jedoch nicht umgesetzt.

In der Zwischenzeit wurde der See verkauft und die jetzige Inhaberin, ist bereit, ein Freibad und eine Wasserskilift-Anlage zu errichten. DIE LINKE unterstützt dieses Vorhaben. Es ist die einzige konkrete Chance, um ein Freibad in unserem Bezirk zu bekommen. Die Planungen sind bereits vorangeschritten, sodass zeitnah mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Alle anderen Parteien stellen sich dem entgegen und verweisen auf ihre unklaren Ideen, für dessen Umsetzung Geld und ein Betreiber fehlen.

Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer schnellstmöglichen Einrichtung eines Freibades am Elsensee für die 250.000 Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirks, damit auch Marzahn-Hellersdorf im Sommer einen Ort zum Baden hat!

Bjoern Tielebein

www.freibad-jetzt.de

Unterschriftenlisten gibt es auch im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße 10-12

➔ Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf

Castor-Vorbereitungswochenende

Kapitalismus stilllegen, Atomkraft abschalten - im Herbst den Castor stoppen

Der nächste Castortransport ins Wendland im Herbst ist nicht nur der vorerst letzte dieser Reihe - er ist auch der erste, bei dem wir zeigen können, dass die ganz große Koalition von schwarz bis olivgrün in diesem Sommer zwar die ersten uralten Atomkraftwerke stillgelegt hat, aber nicht die Bewegung, die diese Stilllegungen erkämpft hat. Nicht nur, weil unser Widerstand weitergeht, so lange auch nur ein AKW nur einen weiteren Tag das Risiko eines GAU und mehr hochradioaktiven Müll produzieren soll, sondern auch, weil wir den Konzernen, die den atomaren Wahn bis zum letzten verteidigen, die Kontrolle über unsere Energieversorgung abkämpfen müssen.

Mit den Erfahrungen aus dem letzten Jahr, wollen viele Aktivistinnen und Aktivisten im Herbst ins Wendland zurückkommen oder erstmals dabei sein. Weil wir wissen, das Rot

das bessere Grün ist, weil keine ökologische Frage ohne die soziale zu lösen ist, werden wir wieder ordentlich mitmischen. Hoffentlich noch mehr, noch besser organisiert, zahlreicher, kreativer und entschlossener als beim letzten Mal.

Um das hinzubekommen, treffen wir uns vom 19. bis 21. August in Berlin zum Castor-Vorbereitungswochenende der Linksjugend ['solid].

Neben einem Video- und Anekdotenabend vom Castor 2010 und der Möglichkeit, gemeinsam feiern zu gehen, werden wir uns damit beschäftigen, wie sich die Linksjugend in die Anti-Atom- und Klimabewegung und andere Bündnisse einbringen wird und was wir als Verband erreichen wollen. In den Workshops sollen u.a. die Verflechtungen staatlicher Gewalt und wirtschaftlicher Macht im

Energiesektor und was dies für eine linke Kritik bedeutet erörtert werden.

Ein weiterer Workshop beschäftigt sich damit wie eine demokratische und soziale Energieversorgung genau aussehen könnte. Welche technischen Voraussetzungen und politischen Ansätze gibt es, was bringen BürgerInnenwindparks und rekommunalisierte Energienetze? Und was hat das mit dem bösen K-Wort zu tun?

Anmeldungen und Rückfragen an:

castor@linksjugend-solid.de

Linksjugend ['solid] Bundesverband

Veranstaltungen**Bürgertreffs****mit Dr. Heinrich Niemann**

» **4.8., 18 Uhr**, Gaststätte „Landhaus Mahlsdorf“, Giesestraße 80, 12623 Berlin

» **30.8., 18 Uhr**, Vereinshaus KGA „Kaulsdorfer Busch“, Mieltzschiner Straße 52, 12621 Berlin

IG BAU-Exkursion „Friedensfahrt“

» **7.8., 9.30 Uhr** (Treffpunkt und Start), Cecilienstraße an der Wuhletalbrücke, Fahrt zum Malchower See und in die Naturschutzstation Malchow

Unternehmerfrühstück

» **19.8., 9 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Unternehmerfrühstück mit Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin, Thema: Bezirkspolitik und Wahlprogramm der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf

Lesung und Diskussion

» **29.8., 19 Uhr**, Bürgerhaus Marzahn „Südspitze“, Marchwitzstr. 24-26, 12681 Berlin, **Dr. Heidi Knake-Werner**, Senatorin a.D., Vorsitzende der Volkssolidarität Berlin, liest aus ihrer Biografie, anschließend Diskussion mit **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin, Moderation: **Julia Witt**

Politische Bildung

» **13.9., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „Die Erinnerung an den Mauerbau vor 50 Jahren – eine medienkritische Nachlese“ - In der Zeit der Existenz der Mauer entstanden auf beiden Seiten Geschichtsmymen, die in unterschiedlichem Maße auch heute eine Rolle spielen.

In der DDR wurde vom „antifaschistischen Schutzwall“ gesprochen und im Westen von der „innerdeutschen Grenze“. Beide Bilder waren unzutreffend, denn weder schützte die Mauer vor dem Faschismus, noch war die Grenze zwischen Westberlin und der DDR „innerdeutsch“ wie die Grenze zwischen Sachsen und Thüringen oder Bayern und Baden-Württemberg. Falsch ist auch die häufig zu vernehmende Behauptung, dass die Mauer Berlin gespalten habe. Sie entstand 1961, da war die Stadt bekanntlich schon über ein Jahrzehnt gespalten

Referent: **Prof. Dr. Siegfried Prokop**, Moderation: Dr. Wolfgang Girmus, Eintritt: 1,50 Euro

Hinten links**„Ab an die Front“ ...**

... titelt die Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) für den Boxer - so heißt das neue, seit 2009 in Serie gebaute GTK (Gepanzertes Transport-Kraftfahrzeug) für die Bundeswehr. Es soll den alten „Fuchs“ ablösen. Getestet unter härtesten Bedingungen u. a. in den Emiraten und Australien, eignet sich der Boxer, weltweit mit Airbus A 400M verfrachtet, für alle klimatischen und Geländebedingungen.

Der 720 PS starke Motor schiebt die 30 Tonnen auf mehr als 100 km/h und lässt eine Reichweite von 1.100 km zu.

Der Bundestag genehmigte am 3.12.2006, bis 2016 insgesamt 272 Stück in neun Versionen zu beschaffen. Das Fahrmodul ist gleich; das Missionsmodul bestimmt den Einsatzzweck als Fahrschul-, Führungs-, Armoured Personal Carrier (APC) oder Sanitäts-Kfz.

Ab August wendet das JB 292 (Donaueschingen) als erste deutsche Einheit das neue taktische Konzept in Nord-Afghanistan an.

Frage

Was werden die Soldaten am Boxer mehr schätzen: dessen taktische Superleistungsfähigkeit oder die Bordtoilette? **R. Rüdiger**

Bezirksvorstand

» **16.8., 6.9, 20.9.** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **31.8.**, 18 Uhr (BO Biesdorf) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» **31.8.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **1.9.**, 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12

BBV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin, telefonisch unter 54431890 erfragen

Sprechstunden

» **15.8., 17 - 18 Uhr**, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin, und **Regina Kittler**, stellv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BBV, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

Lesen gegen das Vergessen

» **1.9., 16 Uhr**, Helene-Weigel-Platz vorm früheren Marzahner Rathaus, 12681 Berlin, **anlässlich des Weltfriedenstages**

Schöner leben ohne Nazis

» **2.9., 15 Uhr**, Alice-Salomon-Platz, 12627 Berlin, **gemeinsame Veranstaltung von mehreren Parteien, Vereinen, freien Trägern**

Wahlkampfauftakt der Berliner LINKEN

» **19.8., 16 Uhr** Alexanderplatz, „Mit dem roten Wahlmobil“

Weitere Wahlkampftermine sind zu finden unter:

<http://www.die-linke-berlin.de/nc/politik/termine/kategorie/landesverband/> oder <http://www.die-linke-berlin.de/nc/politik/termine/kategorie/marzahn-hellersdorf/>

Unsere Spitzenkandidatin im Web:

<http://www.dagmar-pohle.de/>

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 9990 156 1)

Öffnungszeiten:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag:	10 - 17 Uhr
Donnerstag:	10 - 18 Uhr
Freitag:	10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 54 12 130/9953508, fax: 9990 156 1.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 25.6.2011. Auslieferung ab: 1.8.2011. **Druck:** Eigen-
druck. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen
und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben
erscheinen am 1.9. und 4.10.2011.